



## WID - Kompakt Nr. 17/79

1. Retaxierung eingereichter Kassenrezepte
2. Grundwasserspiegel in der Dürreperiode im Jahr 2018
3. Standorte der Luftmessstationen für Stickoxyde
4. Berichtsanhträge für die Landtagsausschüsse
5. Existenzminimumbericht der Bundesregierung
6. EU: Neue Regeln für freien Datenverkehr und audiovisuelle Mediendienste beschlossen
7. EU: Vorschläge für „Saubere Energie für alle Europäer“ vom Parlament angenommen
8. EU: Kommission genehmigt öffentliche Förderung für umweltfreundlichere Busse in Deutschland

---

### 1. Retaxierung eingereichter Kassenrezepte

Die öffentlichen Apotheken beklagten zunehmend Umsatzverluste durch die Retaxierung eingereichter Rezepte, also die Weigerung der Krankenkassen, den Apotheken Kosten für bereits an die Patienten abgegebene Arzneimittel zu erstatten, so die Fraktion der AfD in ihrer Großen Anfrage (Drs. 17/7715). Häufig würde eine Zahlung wegen Formfehlern verweigert, obwohl diese weder die Arzneimittelsicherheit noch die Wirtschaftlichkeit wesentlich berührten.

Die Fraktion interessiert sich in diesem Zusammenhang unter anderem für die Gründe, aus denen die Erstattung verweigert wird und die Anzahl der betroffenen Kassen- und Heilmittelrezepte. Außerdem fragt sie, wie die Krankenkassen die durchschnittliche Dauer der Bearbeitung von zwölf Monaten bis zur Information der betroffenen Apotheke begründen.

### 2. Grundwasserspiegel in der Dürreperiode im Jahr 2018

In den Regionen Westerwald, Taunus, östliche Eifel, nordöstlicher Hunsrück, Rheinhessen und Vorderpfalz seien im Zeitraum Januar bis September 2018 weniger als 70 Prozent des normalen mittleren Niederschlags gefallen, so die Landesregierung in ihrer Antwort auf eine Kleine Anfrage (Drs. 17/7689). Dies sei eine deutliche Unterschreitung der langjährigen Mittelwerte.

In den Monaten Mai und Juni seien die Abweichungen gering gewesen, jedoch sei es durch regional problematische Starkregenereignisse zu einem höherem Oberflächenabfluss und einer eher geringen Einsickerung von Oberflächenwasser ins Grundwasser gekommen. In den weiteren Monaten seien die langjährigen monatlichen Mittelwerte deutlich unterschritten worden. Daher sei durch die sehr lange Trockenperiode zu befürchten, dass es bei anhaltend geringem Niederschlag in regionalen Gewinnungsgebieten zu Versorgungsproblemen kommen könne.

### 3. Standorte der Luftmessstationen für Stickoxyde

Auch wenn eine Messstation weniger als 25 Meter von einer Kreuzung entfernt sei, bedeute dies nicht zwangsläufig, dass hiervon ihre Übereinstimmung mit den Richtlinien betroffen sei, erklärt die Landesregierung in ihrer Antwort auf eine Kleine Anfrage (Drs. 17/7677).

Unabhängig davon habe das Landesamt für Umwelt mittels eines statistischen Vergleichsverfahrens die Messwerte der stationären Containermessstationen (wie auch die der Messstation Parcusstraße in Mainz) mit zusätzlichen Messungen abgeprüft und bewertet. Im Ergebnis sei eindeutig nachgewiesen worden, dass die Standorte der Messstationen tatsächlich auch die Ergebnisse lieferten, die am gewählten Standort die realen Immissionsbelastungen abbildeten.

#### 4. Berichtsanhträge für die Landtagsausschüsse

Zur Behandlung in den nächsten Sitzungen der Ausschüsse stehen unter anderem folgende Anträge an:

- Zum „**Bargeldvorschuss für Empfänger von Arbeitslosengeld an Supermarktkassen**“ beantragt die Fraktion der SPD einen Bericht der Landesregierung im Sozialpolitischen Ausschuss (Vorlage 17/3819). Die Bundesagentur für Arbeit habe im November 2017 darauf hingewiesen, dass sich Empfänger von Arbeitslosengeld ohne eigenes Konto in dringenden Fällen einen Bargeldvorschuss an der Supermarktkasse auszahlen lassen könnten. Die antragstellende Fraktion interessiert sich für die Entwicklung dieses Verfahrens in Rheinland-Pfalz.
- Ein Berichtsanhtrag der Fraktion der CDU für den Ausschuss für Gesundheit, Pflege und Demografie behandelt das Thema „**Gemeindenotfallsanitäter/in**“ (Vorlage 17/3713). Ein möglicher Lösungsansatz für eine Notfallversorgung in der Frühphase einer Erkrankung sei das Konzept des Gemeindenotfallsanitäters/der Gemeindenotfallsanitäterin. Damit würden auch die Rettungsdienste entlastet. In einem zweijährigen Projektzeitraum werde im Oldenburger Land überprüft, ob das Konzept eine zeitgemäße Antwort auf die wachsenden Anforderungen in der ambulanten Notfallversorgung bieten könne.
- „**Satellitengestütztes Internet**“ lautet der Betreff eines Antrags, den die Fraktion der AfD zur Beratung in den Medienausschuss eingebracht hat (Vorlage 17/3711). Verschiedene Unternehmen böten mittlerweile die Versorgung mit Internet über geostationäre Satelliten an. Ein **geostationärer Satellit** ist ein künstlicher Erdsatellit, der sich auf einer Kreisbahn über dem Äquator befindet und der Erddrehung folgt. Dadurch befinden sich geostationäre Satelliten im Idealfall immer über demselben Punkt der Erdoberfläche bzw. des Äquators.  
  
Die Verbindungen über geostationäre Satelliten böten unter anderem den Vorteil hoher Bandbreiten, seien weitgehend ortsungebunden und damit unabhängig von bestehenden Telefonleitungen. Die Landesregierung solle berichten, inwieweit satellitengestütztes Internet in Rheinland-Pfalz zu einer Versorgung des ländlichen Raums mit Breitbandinternet beitrage.
- Die Fraktion der FDP hat zum Thema „**Borkenkäfer-Plage in Rheinland-Pfalz**“ einen Berichtsanhtrag in den Umweltausschuss eingebracht (Vorlage 17/3938). In vielen Medien würde von einer „Borkenkäfer-Plage“ berichtet und dass die rasante Ausbreitung des Insekts in zahlreichen Wäldern des Landes zu großen Problemen und massiven Schäden führe. Durch den Käferbefall würde das Holz der betroffenen Bäume für die Vermarktung unbrauchbar.
- Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN beantragt, das Thema „**Aufschub des Verbots der betäubungslosen Ferkelkastration**“ auf die Tagesordnung des Umweltausschusses zu setzen (Vorlage 17/3934). Die regierungstragenden Fraktionen im Bund hätten sich jüngst auf einen Gesetzentwurf geeinigt, der die Übergangsfrist für das Verbot der betäubungslosen Ferkelkastration um zwei Jahre verlängere. Die Fraktion bittet die Landesregierung um eine Bewertung der Gesetzesänderung sowie um Darlegung, welche Maßnahmen in den nächsten zwei Jahren daraus entstünden.
- Am 21. August 2018 hat sich in einem Sonderabfallzwischenlager in Heßheim ein tragischer Unfall ereignet, bei dem zwei Menschen ums Leben gekommen sind. Die Landesregierung beabsichtigt, in der nächsten Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Energie, Ernährung und Forsten einen **Sachstandbericht zum Störfall in Heßheim** abzugeben (Vorlage 17/3891).

## 5. Existenzminimumbericht der Bundesregierung

Entsprechend einem Beschluss des Deutschen Bundestages legt die Bundesregierung alle zwei Jahre einen Bericht über die Höhe des von der Einkommensteuer freizustellenden Existenzminimums von Erwachsenen und Kindern vor (BT-Drs. 19/5400). Im Jahr 2019 beträgt das sächliche Existenzminimum für einen Alleinstehenden 9 168 Euro. Für das Jahr 2020 wurde dieser Wert mit 9 408 Euro berechnet. Bis zu dieser Höhe müssen Einnahmen steuerfrei sein. Für Ehepaare wird das Existenzminimum für 2020 mit 15.540 Euro angegeben und für Kinder mit 4.896 (2019) beziehungsweise 5.004 Euro (2020).

Zur Ermittlung der Beträge heißt es in dem Bericht, es werde bei Alleinstehenden von einer Wohnung mit einer Wohnfläche von 40 Quadratmetern ausgegangen. Die aufgrund der Wohngeldstatistik ermittelte Bruttokaltmiete einer solchen Wohnung wird für 2019 mit 289 Euro im Monat und für 2020 mit 296 Euro im Monat angegeben. Für Verheiratete wird eine Wohnung von 60 Quadratmetern zugrunde gelegt. Als Bruttokaltmiete für Ehepaare wurden 444 Euro (2020) ermittelt. Ergänzend weist die Bundesregierung darauf hin, dass Bezieher niedriger Erwerbseinkommen zur Verringerung ihrer Wohnkosten Anspruch auf Wohngeld hätten, soweit sie nicht Anspruch auf ergänzende Leistungen nach dem Sozialgesetzbuch hätten.

## 6. EU: Neue Regeln für freien Datenverkehr und audiovisuelle Mediendienste beschlossen

Die Mitgliedstaaten im Rat haben die Verordnung über den freien Verkehr nicht personenbezogener Daten und die neue Richtlinie über audiovisuelle Mediendienste (zum Beispiel Video-Sharing-Plattformen) verabschiedet, heißt es in einer Presseerklärung der Europäischen Kommission vom 9. November 2018. Damit würden zwei wichtige Rechtsvorschriften umgesetzt, die von der Europäischen Kommission im Rahmen der digitalen Binnenmarktstrategie vorgeschlagen wurden und den Bürgern und EU-Unternehmen direkt zugutekommen.

Die verabschiedete Verordnung über den freien Verkehr nicht personenbezogener Daten schaffe das, was die Datenschutz-Grundverordnung bereits für die personenbezogenen Daten leiste: den freien und sicheren Datenverkehr in der Europäischen Union.

Darüber hinaus sei die neue Richtlinie über audiovisuelle Mediendienste verabschiedet worden. Die aktualisierten Regeln ebneten den Weg für ein faireres Regelungsumfeld für den gesamten audiovisuellen Sektor, einschließlich der Video-Sharing-Plattformen. Sie würden unter anderem den Schutz Minderjähriger vor schädlichen Inhalten sowie den Kampf gegen Hassreden und Aufstachelung zur Gewalt in allen audiovisuellen Inhalten verstärken.

## 7. EU: Vorschläge für „Saubere Energie für alle Europäer“ vom Parlament angenommen

Das Europäische Parlament hat neue Vorschriften über erneuerbare Energie, Energieeffizienz und die Steuerung der Energieunion verabschiedet. Dies sei ein wichtiger Schritt für die Umstellung auf saubere Energie, teilt die Europäische Kommission in ihrer Pressemitteilung vom 13. November 2018 mit. Ziel sei es, bis 2030 mindestens 32 Prozent des Bedarfs durch erneuerbare Energie zu erzeugen und die Energieeffizienz um 32,5 Prozent zu steigern. So könnten die Verpflichtungen aus dem Pariser Klimaschutzübereinkommen erfüllt werden.

## 8. EU: Kommission genehmigt öffentliche Förderung für umweltfreundlichere Busse in Deutschland

Die Europäische Kommission hat laut Pressemitteilung vom 14. November 2018 entschieden, dass die von Deutschland geplante Förderung für die Nachrüstung von Dieselnissen, die im öffentlichen Nahverkehr eingesetzt werden, mit den EU-Beihilfavorschriften im Einklang steht. Weiter heißt es in der Presseverlautbarung, dass die Maßnahme zu einer Reduzierung der Stickoxidemissionen um mehr als 2000 Tonnen pro Jahr beitragen könne, ohne den Wettbewerb übermäßig zu verfälschen. Außerdem sei diese Förderregelung ein gutes Beispiel dafür, wie das europäische Ziel sauberer Luft für alle unterstützt werden könne. Die Regelung biete öffentlichen Verkehrsbetrieben einen Anreiz, in umweltfreundlichere Fahrzeuge zu investieren, und ermögliche so die Verbesserung der Luftqualität in deutschen Städten. Auf diese Weise würden Fortschritte bei den Umweltzielen der Union erzielt.

Deutschland wird für die Regelung 107 Mio. Euro zur Verfügung stellen, um in rund 90 Städten und Gemeinden, in denen 2016 oder 2017 die Stickoxid-Grenzwerte überschritten wurden, die Nachrüstung von Dieselnbussen des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) zu unterstützen. Finanziert werden mit diesem Betrag System- und externe Einbaukosten der Nachrüstung von genehmigten Abgasnachbehandlungssystemen zur Reduzierung der Stickoxidemissionen.

WISSENSCHAFTLICHER INFORMATIONSDIENST
Referat K 7
• Anne Friedrich • TELEFON 06131-208-2425 • E-MAIL <a href="mailto:Anne.Friedrich@landtag.rlp.de">Anne.Friedrich@landtag.rlp.de</a>
• Birgit Schmitt-Paeschlack • TELEFON 06131-208-2596 • E-MAIL <a href="mailto:Birgit.Schmitt-Paeschlack@landtag.rlp.de">Birgit.Schmitt-Paeschlack@landtag.rlp.de</a>